

Nach der Ermächtigung zu höheren Rüstungsausgaben drohen Sozialkürzungen

Spätestens seit der öffentlichen Demütigung Selenskis Ende Februar im Oval Office (Weißes Haus, USA) und seit den Zweifeln in die Verlässlichkeit der USA als Bündnispartner, von Präsident Trump bewusst in die Welt gesetzt, bekommen die Befürworter einer massiven militärischen Aufrüstung hierzulande Oberwasser. Es sei gut möglich, dass „der Russe“ morgen schon vor Berlin stehe, wenn er erst mal Appetit bekommen habe. Auf so was seien wir überhaupt nicht gerüstet.

Umfragen bestätigen: Man muss dieses Mantra von der gnadenlos unterfinanzierten Bundeswehr nur oft genug wiederholen, irgendwas bleibt schon in den Köpfen unserer Bevölkerung hängen.

Leider fallen zu viele auf den Bluff rein. Abend für Abend werden wir über die Zahl der Einschläge, die Zahl der Toten und die verwendeten Waffen auf den neuesten Stand gebracht. Und in schöner Regelmäßigkeit werden uns in Nachrichten oder Talkshows die Vorzüge bestimmter Waffensysteme präsentiert. Aufgeblasene Geschichten und Halbwahrheiten schließlich dienen dazu, die aus zwei Weltkriegen gewonnenen Haltungen und Lehren im kollektiven Bewusstsein zu untergraben.

Künftig müsse gelten: „Bedrohungslage geht vor Kassenlage!“ (Pistorius)

Dass die Nato Russland in fast allen militärischen Schlüsselparametern weit überlegen ist, kümmert sie nicht. Leute wie Pistorius, Friedrich Merz, Frau Strack-Zimmermann und die EU-Chefin Von der Leyen nutzen die Ängste in der Bevölkerung geschickt aus, um eine Jahrhundertaufrüstung in Gang zu setzen. Deutschland müsse wieder (!) kriegstüchtig werden. Europa müsse in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen. Und zur Not auch der Ukraine beizustehen, falls die USA ausfielen, so ihr Credo.



Unter ihrem Druck, und mit massiver Unterstützung von Medien und sog. Verteidigungsexperten, fand sich in Deutschland eine Koalition von Willigen – aus CDU, SPD und Grünen -, die bereit war, noch mit den Sitzverhältnissen des alten Bundestags eine Grundgesetzänderung vorzunehmen, die eine massive Aufrüstung möglich macht.

Es ist ohnehin naiv, zu glauben, die ganze Aufrüsterei und die beschlossenen Ausnahmen von den Regeln der Schuldenbremse gingen an uns vorbei.

Die Kehrseite der für Verteidigung und Infrastrukturvorhaben aufgenommenen Schulden ist, dass für soziale Angelegenheiten und für Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe in künftigen Haushalten immer weniger Platz sein wird. In diesem Punkt ist selbst die FDP klarer als die „Koalition der Willigen“ aus CDU, SPD und Grünen: Werden die neuen Kreditspielräume tatsächlich genutzt, rollt eine **Lawine an Zins- und Tilgungskosten** auf den Bund zu, die aus den

Um auch die erforderliche Unterstützung der Bundesländer zu gewinnen, wurde die Ermächtigung zu erweiterten Rüstungsausgaben mit einem zivilen Infrastrukturpaket kombiniert, ebenfalls auf Pump finanziert („Sondervermögen“).

Infrastrukturinvestitionen ganz oder wenigstens zum Teil von den Regeln der Schuldenbremse auszunehmen, das wäre in der Tat ein Gewinn. Der Sanierungsbedarf bei Schulen, Straßen, Brücken, Gleisanlagen u.a.m. ist bekanntermaßen gewaltig, und ganz besonders schlimm dran sind die Kommunen mit ihren Einrichtungen – die könnten eine Entlastung dringend gebrauchen.

Die im März verabschiedete Grundgesetzänderung sieht jedoch vor, und das sollte uns alle wachrütteln, dass die Mittel für Schulen und Straßen nach oben hin bei 500 Mrd. € gedeckelt, die Ausgaben für Verteidigung und Waffenhilfen hingegen ab einer bestimmten Schwelle komplett von der Schuldenregel des Grundgesetzes ausgenommen werden. Ein **Freibrief für gewaltige Aufrüstungsmaßnahmen!** Konzerne wie Rheinmetall reiben sich die Hände. Rüstungsaktien gehören bei den Anlegern mittlerweile zu den absoluten Favoriten...

Hinzu kommt: Das 500 Mrd.-Paket ist mitnichten ein rein ziviles Infrastrukturprogramm. Denn auch hier sollen militärische Aspekte eine wichtige Rolle spielen. Länder und Kommunen werden von den 500 Milliarden € ohnehin nur 100 Milliarden abbekommen.

regulären Haushalten des Bundes gedeckt werden müssen. Nicht sofort natürlich. Sondern – je nach Tempo der Anschaffungen bzw. Sanierungsmaßnahmen und je nach Laufzeit der für diese Zwecke ausgegebenen Staatsanleihen – mit einer Verzögerung von fünf, zehn oder gar mehr Jahren.

Und die kommen noch drauf auf das, was ab 2028 ohnehin schon fällig ist: die Rückzahlung der Corona-Notlagenkredite sowie der Schulden aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“ von 2022 (100 Mrd.€). Die Zinsen nicht zu vergessen. Schon ohne die neuen Schulden rechnete Lindner für 2028 mit einer Jahres-Zinsbelastung von 45 Mrd. Euro (über 9 % des geplanten Haushalts).

Einen **Vorgeschmack** davon, was darüber alles wegfallen könnte, bekommen wir schon bei der Lektüre des soeben ausgehandelten neuen Regierungsprogramms. Geplant sind u.a. der Verzicht auf einen neuen Anlauf für eine eigenständige Kindergrundsicherung, völlig unverbindliche Aussagen zur Armutsbekämpfung; verschärfte Mitwirkungspflichten für Erwerbslose beim Bürgergeld, Abschaffung der sog. Karenzzeit bei der Vermögensprüfung, Rückkehr zum Vermittlungsvorrang; Zurückweisung von Asylbewerbern an den Außengrenzen; vage Aussagen nur zur Zukunft der Pflegeversicherung. In Aussicht gestellt wird eine Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2031 sowie eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns – beides laut Merz allerdings nur, „wenn der öffentliche Haushalt das hergibt“ (Finanzierungsvorbehalt).

Wenn immer größere Teile des regulären (Bundes-) Haushalts von Zins- und Tilgungszahlungen aufgezehrt werden, dann werden das alle zu spüren bekommen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus Aktien oder Mieteinnahmen bestreiten. Die Reichen bleiben geschont. Eine neue Steuer, etwa auf Vermögen und Erbschaften, ist im neuen Koalitionsvertrag nicht vorgesehen...

Wurden wir gefragt, was wir von den neuen „Kriegsspielen“ halten?

Für Verteidigung zwei, drei oder gar mehr Prozent des BIP ausgeben zu wollen, bedeutet gesellschaftlichen Rückschritt, bedeutet Vernichtung von gesellschaftlichem Reichtum. Panzer **und** Butter – beides zusammen gehen nicht, erklärte Ifo-Chef Fuest schon vor gut einem Jahr. Da ist für uns die Wahl doch klar: **Her mit der Butter!** Renten und Bürgergeld sind keine Almosen!

Wurden wir gefragt, was wir von den beschlossenen Schulden- bzw. Kreditemächtigungen für künftige Regierungen halten? Nein, im Gegenteil: Noch während des Wahlkampfes – das waren die Gespräche der USA mit Putin bereits angelaufen - wurde großspurig versichert, dass es mit der CDU keine Lockerung der Schuldenbremse geben werde... Sprich: Wir Wähler wurden kürzlich ordentlich über den Tisch gezogen.

Offenen Widerspruch gegen die neue Rüstungspolitik gab es bislang nur vom BSW, Teilen der Linken und der SPD und von den Sozialverbänden. In den offiziellen Stellungnahmen der Gewerkschaften überwiegt hingegen die Freude über das kommende Infrastruktur-Sondervermögen. „Ein Befreiungsschlag für Wirtschaft und Beschäftigte“ (Fahimi am 5. März). Dass die versprochenen Investitionen in Straßen, Brücken und Kliniken **nur Beiwerk einer krassen Aufrüstung** darstellen und ihre Befreiung von der Schuldenbremse, anders als bei den Ausgaben für Panzer und Fregatten, obendrein kostenmäßig gedeckelt und zeitlich befristet ist, wird von den Gewerkschaftsvorständen bedauerlicherweise hingenommen.

Vieles wird künftig davon abhängen, ob die Bundesrepublik (und die EU) den Weg der Aufrüstung weiter geht – oder ob sich am Ende vielleicht doch noch die besonneneren Kräfte durchsetzen. Daran sollten wir arbeiten. Und uns auch an den Aktionen der Friedensbewegung beteiligen.

- **Nein zur Aufrüstung, zur Wehrpflicht und zu Kriegsvorbereitungen!**
- **Schluss mit der Angstmacherei!**
- **Keine Kürzung der Sozialtats zugunsten einer Militarisierung Deutschlands!**
- **Keine höheren Eigenanteile in der Gesundheits- und Pflegeversorgung!**
- **keine direkten oder indirekten Kürzungen bei der Rente!**
- **Armutsfestes, bedarfsdeckendes Bürgergeld und Sozialhilfe!**
- **Neuberechnung des Kinderbedarfs nach Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts!**
- **Superreiche zur Kasse! Wiedereinführung der Vermögenssteuer! Erbschaftssteuer anheben!**

Mehr zum Sozialforum Dortmund unter <https://agora.free.de/sofodo>
V.i.S.d.P Heiko Holtgrave, Huckarder Str. 10-12, 44147 Dortmund